

Redaktionsschluss: 1. Februar 2010

Nr. 03/10

INHALT

INNENPOLITIK

Regierung präsentierte Stabilitätsprogramm bis 2013
Beatrix Karl ist neue Wissenschaftsministerin
Nationaler Integrationsplan
Bundspräsidenten-Wahl am 25. April
Mindestsicherung startet am 1. September

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Erdbeben-Hilfe für Haiti: Regierung stellt weitere 2 Mio. Euro bereit
Bundeskanzler Faymann: „Niemand vergessen, niemals verschweigen!“

WIRTSCHAFT

Banken: Bundeskanzler Faymann fordert Solidarbeitrag
Hypo Alpe Adria Bank mit neuem Aufsichtsrat
Neue Börsenholding CEESEG AG

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

Kanzler Faymann betont Wichtigkeit der Schau über die Kinder von Izieu
Schmied: Eltern in Österreich wollen ganztägige Schulangebote
Museum Judenplatz: „Walls of Sound – Jüdische Musikerwelten“
Bruno Kreisky-Preis: Passagen-Verlag Wien mit Sonderpreis geehrt
Die Kunsthalle Wien: „Tropicália“ - brasilianische Kunst der 60er Jahre

SPORTPOLITIK

Vancouver: Hohe Sportförderung für das österreichische Olympia-Team
Die in Vancouver geförderten österreichischen SportlerInnen
Darabos: Unserem Handballteam ist bei Heim-EM großer Wurf gelungen
Ein Jahr Sportminister Darabos: Arbeit war von Reformfülle geprägt

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundestkanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet.
Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

Regierung präsentierte Stabilitätsprogramm bis 2013

Die Bundesregierung hat am 26. Jänner ein Stabilitätsprogramm beschlossen, wonach das Budgetdefizit bis zum Jahr 2013 wieder unter 3 % liegen soll. Geplant sind Einsparungen in Höhe von 5,8 Mrd. Euro, um das Defizit von heuer 4,7 % bis inklusive 2013 schrittweise auf 2,7 % zu senken. Nötig wurde dieser vom Ministerrat abgesegnete Stabilitätsplan nicht zuletzt deshalb, weil die EU-Kommission gegen Österreich – wie auch fast alle anderen Mitgliedstaaten – ein Verfahren wegen Defizitüberschreitung eingeleitet hat. Laut EU-Vorgaben darf das Budgetdefizit nämlich die 3-%-Marke nicht überschreiten.

Man stelle damit unter Beweis, dass die Regierung „geeint vorgehe“, wenn „sinnvoll“ gespart werden müsse, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann vor Journalisten. Bei der Konsolidierung des Budgets gehe es nicht um Steuererhöhungen, im Fokus stehe die Ausgabenseite. Man werde „quer durch alle Ministerien sehr genau nach Sparpotentialen suchen“, so Faymann. Zu vermeiden seien dabei Sozialabbau und Einsparungen bei der Bildung. Einmal mehr plädierte der Bundeskanzler für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie einer Bankensolidarabgabe. Bei der Transaktionssteuer, die auf österreichische Anregung hin EU-weit erörtert werde, sei sich die Koalition absolut einig, „über die Einführung der Solidarabgabe werden wir weiter diskutieren“, sagte Faymann (siehe Wirtschaft).

Auch Finanzminister Josef Pröll will „ausgabenseitig den Schwerpunkt setzen“, doch erörtern müsse man auch einnahmenseitige Möglichkeiten. Konsens herrscht darüber, dass allfällige Steuererhöhungen ausschließlich in Form einer (EU-weiten) Transaktionssteuer erfolgen könnten.

Der Budgetbeschluss für 2011 (inklusive Budgetrede des Finanzministers im Parlament) könnte laut Finanzministerium jedoch möglicherweise von diesem Herbst auf nächstes Jahr verschoben werden. Grund seien die Verhandlungen zu Verwaltungsreform bzw. Sparmaßnahmen, die mit den Ländern erst vereinbart werden müssten. ■

Beatrix Karl ist neue Wissenschaftsministerin

Beatrix Karl (42) ist neue Wissenschaftsministerin und tritt somit die Nachfolge des designierten EU-Kommissars Johannes Hahn an. Ihre Angelo-

bung durch den Bundespräsidenten erfolgte am 26. Jänner. Bisher war Karl ÖVP-Wissenschaftssprecherin und Generalsekretärin des ÖAAB (Österreichischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Bund).

Für Parteichef Josef Pröll war Karl eine fast logische Kandidatin: Sie stammt aus der Steiermark, wo heuer die Landtagswahl stattfindet, und sie kommt als außerordentliche Professorin für Arbeits-, Sozial- und Europarecht aus einer Universität (Graz). Seit Oktober 2006 sitzt sie für die ÖVP im Nationalrat.

Die neue Ressortchefin will der „schwierigen Situation“ an den Hochschulen und in der Forschung mit „Erneuerung“ begegnen. Karl plädiert für die Wiedereinführung von Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen. Bei ihrer Antrittsrede im Nationalrat (29. Jänner) hat Karl den Dialog mit den Studierenden in den Vordergrund gestellt. Hochschulen müssten neben Ausbildung auch Bildung bieten, betonte sie weiters. Eine zentrale Aufgabe sieht sie in der Umsetzung des Bologna-Prozesses (Bachelor-, Master- und PhD-Studien) an allen österreichischen Unis. Zudem will Karl eine europaweite Nachfolgeregelung für die Quoten an den Medizin-Unis sowie ein Forschungsfinanzierungsgesetz. ■

Nationaler Integrationsplan

Der Ministerrat hat am 19. Jänner den Nationalen Aktionsplan für Integration beschlossen. Demnach müssen Zuwanderer künftig schon vor ihrer Einreise nach Österreich Basiskenntnisse in Deutsch nachweisen. Dies gilt jedoch nicht für höher Qualifizierte, Asylwerber und Saisoniers. Weitere Eckpunkte sind u.a. Bildungsförderung für MigrantInnen, leichter Zugang zum Arbeitsmarkt, Kampf gegen Lohndumping, Projekte gegen Fremdenhass und Rassismus. ■

Bundespräsidenten-Wahl am 25. April

Der Hauptausschuss des Nationalrats hat am 29. Jänner den 25. April für die Bundespräsidenten-Wahl fixiert. ■

Mindestsicherung startet am 1. September

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung wird Österreich-weit mit 1. September 2010 eingeführt. Alleinstehende erhalten 744 Euro monatlich. ■

Erdbeben-Hilfe für Haiti: Regierung stellt weitere 2 Mio. Euro bereit

Die Bundesregierung hat am 26. Jänner im Ministerrat die Soforthilfe für die Erdbebenopfer in Haiti von 800.000 Euro auf 2,8 Mio. Euro aufgestockt. Bundeskanzler Werner Faymann dankte dabei auch allen privaten SpenderInnen. Die private Hilfe in den vergangenen Tagen habe bewiesen, „dass wir ein Land sind, dass immer bereit ist zu helfen“, so Faymann.

Der ORF hat unter dem Motto „Österreich hilft Haiti“ den 25. Jänner zum „Nachbar in Not“-Aktionstag gemacht. Im Mittelpunkt stand dabei ein Benefiz-Abend im TV-Hauptabendprogramm. Gespendet wurden alleine an diesem Tag rund 1,4 Mio. Euro. Mit den bisherigen Spenden von „Nachbar in Not“ wurden somit insgesamt 6,9 Mio. Euro für die Menschen in Haiti gespendet (Stand: 26. Jänner).

Schirmherr der Aktion „Nachbar in Not“ ist Bundespräsident Heinz Fischer, der auch live zu Gast in der TV-Benefizsendung war. Fischer unterstrich dort die Verantwortung in einer globalisierten Welt: „Es sind Bilder, von denen kein Mensch unberührt bleibt“, sagte Fischer. An den Spendentelefonen (0800 222 444) halfen neben zahlreichen Freiwilligen von Hilfsorganisationen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kirche, Kunst und Medien auch Bundeskanzler Faymann und Finanzminister Josef Pröll mit.

„Nachbar in Not“-Hilfsorganisationen sind: Österreichisches Rotes Kreuz, Caritas Österreich, Arbeiter-Samariter-Bund, Care Österreich, Diakonie Österreich, Hilfswerk Austria, Malteser Hospitaldienst und Volkshilfe Österreich. „Nachbar in Not“ wurde 1992 gegründet und ist eine Arbeitsgemeinschaft von Caritas, Rotem Kreuz und dem Medienpartner ORF.

Spendenseite von „Nachbar in Not“ unter <http://nachbarinnot.ORF.at>; kostenlose Spenden-Hotline: 0800 22 20 20; Spendenkonto „Nachbar in Not“ – Erbeben Haiti: PSK: 90 150 300, BLZ: 60000, BIC: OPSKATWW, IBAN: AT 546000000090150300 ■

Bundeskanzler Faymann: „Niemals vergessen, niemals verschweigen!“

Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages und des 65. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau (Polen) haben österreichische Spitzenpolitiker die furchtbaren

Verbrechen des NS-Regimes verurteilt und zu Wachsamkeit gegenüber Antisemitismus und Rassismus aufgerufen. „Die schrecklichen Verbrechen an der Menschheit, die durch das mörderische Regime des Dritten Reiches auf der Grundlage einer menschenverachtenden Ideologie geschehen sind, dürfen niemals in Vergessenheit geraten“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann in einer Pressemitteilung. Mit dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz gedenke die Welt der 6 Millionen ermordeter Juden, darunter 1,5 Millionen Kinder. Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten, in denen Hoffnungen mit falschen Versprechen getäuscht würden, sei es enorm wichtig, Demagogen und Holocaust-Verleugnern vehement zu begegnen und die Jugend zu demokratischer Wachsamkeit aufzurufen. Es gelte, den Anfängen zu wehren und die Demokratie nötigenfalls mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu schützen, so Faymann.

Außenminister Michael Spindelegger unterstrich, Auschwitz stehe heute weltweit „als Symbol für den nationalsozialistischen Völkermord“ und die „Negation der Menschenwürde“. Spindelegger mahnte zu besonderer Wachsamkeit gegenüber neuen Formen von Antisemitismus. Österreich sei sich seiner Verantwortung gegenüber den Opfern und Überlebenden der Shoah bewusst, sagte Spindelegger in einer Aussendung.

Bei den offiziellen Gedenkfeiern auf dem Gelände des ehemaligen KZ Auschwitz-Birkenau, wo mehr als 1,1 Millionen Menschen ermordet wurden, war Österreich durch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer vertreten, die in Polen einen dreitägigen Arbeitsbesuch absolvierte. Die Erhaltung der Gedenkstätte schulde man nicht nur den Opfern, sondern auch künftigen Generationen, „um jetzt schon vorhandenen bedenklichen Entwicklungen entgegenzuwirken“. Eine finanzielle Beteiligung Österreichs an der Gedenkstätte sei „unbedingt nötig“, erklärte Prammer nach einem Besuch der österreichischen Ausstellung im dortigen Museum.

Ihre Gespräche in Polen hätten gezeigt, dass die bisherigen Aktivitäten Österreichs – darunter des Nationalfonds und des allgemeinen Entschädigungsfonds – deutlich registriert würden. Die beschlossene Neugestaltung des österreichischen Pavillons könne hier nur ein weiterer Schritt sein, erklärte Prammer. Es seien aber noch viele Schritte nötig, um vor allem jungen Menschen die stets aktuelle Brisanz des Holocaust und seiner Entstehung zu vermitteln, so Prammer. ■

Banken: Bundeskanzler Faymann fordert Solidarbeitrag

Bundeskanzler Werner Faymann hat seinen bereits mehrfach geäußerten Vorschlag für eine Banken-Solidarabgabe konkretisiert. Vorbild ist ihm dabei US-Präsident Barack Obama, der Amerikas Banken ebenfalls in die Pflicht nehmen will. Er rechne mit 500 Mio. Euro jährlich für das Budget, erklärte Faymann nach dem Ministerrat am 19. Jänner. Zentraler Bestandteil der Budgetkonsolidierung seien zwar die Einsparungen, doch auch der Bankensektor solle einen Beitrag leisten. Faymann will dies als Diskussionsbeitrag verstanden wissen, wünschenswert wäre eine Lösung auf europäischer Ebene. Laut bisherigen Berechnungen könnte die Abgabe 0,07 % der Bilanzsumme betragen, in den USA seien es 0,15 %, erläuterte Faymann.

„Eine Art Banken-Solidarabgabe ist richtig und sollte man auch in Österreich vorbereiten“, so der Bundeskanzler. Den Beitrag des Bankensektors halte er für zumutbar, zumal es etwa auch für Autofahrer eine Pflichtversicherung gebe. „Man sollte nicht nur im Nachhinein über Schäden reden, sondern auch über den Brandschutz im Vorhinein“, unterstrich Faymann. Eine europaweite Regelung wäre ihm allerdings lieber, denn Gerechtigkeit lasse sich am besten international organisieren. Doch könne dies „nicht als Ausrede dienen, nichts im eigenen Land zu tun“, meinte der Bundeskanzler. Darüber müsse nun mit dem Koalitionspartner diskutiert werden. Befürchtungen, wonach die Kosten im Endeffekt auf den Konsumenten abgewälzt würden, teile er nicht. „Bei den großen Gewinnern und hohen Managergehältern galt diese Logik nicht. Für Kunden wurde es nicht billiger“, so Faymann, der den Betrag für „durchaus angemessen“ hält.

Der Bundeskanzler hat für 22. Februar einen Banken-Gipfel mit den Chefs der Großbanken und Institutsgruppen anberaumt. Hauptthema ist die Banken-Solidarabgabe.

In einem Interview in der „Kronen Zeitung“ (Ausgabe vom 24. Jänner) verstärkte der Kanzler den Druck für eine Bankensteuer in Österreich. Er trete für eine „Banken-Solidarabgabe statt neuer Steuern“ ein und sei fest entschlossen, „dieses Vorhaben konsequent weiter zu verfolgen“. Einer Erhöhung der Massensteuern, etwa der Mehrwertsteuer, erteilte Faymann erneut eine Absage. Die Bevölkerung scheint Faymanns Kurs zu bestätigen. In einer OGM-Umfrage im Auftrag des

Magazins „News“ sprachen sich 59 % der Befragten für eine Bankensteuer aus.

Finanzminister Pröll erklärte in diesem Zusammenhang, etwa nach Beratungen der EU-Finanzminister in Brüssel am 19. Jänner, die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) um eine entsprechende Bewertung dieser Frage zu ersuchen. Dann müsse man in den nächsten Monaten eine Evaluierung vornehmen. Priorität habe für ihn die ausgabenseitige Sanierung des Budgets.

Wenige Tage danach betonte der Finanzminister in einem „Kurier“-Interview (29. Jänner), es sei „klar, dass die Banken mitzahlen und einen Beitrag zur Sanierung der Haushalte leisten“ müssten. Keinesfalls dürfe die Steuer jedoch zu Lasten der Kunden und Kreditnehmer gehen. Neuerlich sprach sich Pröll für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer aus. Der Druck auf Eigenmittel sei so groß wie nie zuvor. „Das muss die Antwort auf die Krise sein“, so Pröll. Man müsse aber auch die Finanzwelt „stärker an die Kandare nehmen und kontrollieren“ sowie die Kostenexplosion bei Pensionen, im Gesundheitswesen und in der Verwaltung stoppen“, sagte der Finanzminister.

Dass Österreich im 2009 trotz Wirtschaftskrise ein Defizit von nur 3,5 % und damit sein Budgetziel erreicht habe, bezeichnete Pröll am 29. Jänner im Nationalrat als „Punktlandung“, die nur wenigen EU-Ländern geglückt sei. Als Gründe dafür nannte der Finanzminister die Steuerreform und die Konjunkturpakete sowie die rigorose Haushaltsdisziplin der einzelnen Ressorts. ■

Hypo Alpe Adria Bank mit neuem Aufsichtsrat

Die im Dezember notverstaatlichte Kärntner Hypo Alpe Adria Bank hat seit 21. Jänner einen neuen Aufsichtsrat: Vorsitzender ist Ex-ÖVP-Wirtschaftsminister Johannes Ditz, sein Stellvertreter ist Ex-SPÖ-Wissenschaftsminister und derzeitiger Kontrollbank-Vorstand Rudolf Scholten. Ebenfalls dabei sind der frühere ÖBB- und RHI-Chef Helmut Draxler und Kommunalkredit-Vorstand Alois Steinbichler. Ditz will die Bank in drei Jahren verkaufsfähig machen. ■

Neue Börsenholding CEESEG AG

Die Wiener Börse und ihre Ost-Töchter in Laibach, Prag und Budapest unterstehen seit kurzem gleichrangig der Holdinggesellschaft CEESEG AG (CEE Stock Exchange Group), der größten Börsengruppe Zentral- und Osteuropas. ■

Kanzler Faymann betont Wichtigkeit der Schau über die Kinder von Izieu

Das Thema „Toleranz“ hat (nicht nur) im Jahre 2010 für Bundeskanzler Werner Faymann oberste Priorität. Unter seinem Ehrenschild und auf seinen ausdrücklichen Wunsch wird in zahlreichen österreichischen Berufsschulen bis Ende 2010 die Fotoausstellung „Die Kinder von Maison d'Izieu“ gezeigt (siehe auch „JaÖ“ Nr.24/09). Das von Sabine und Miron Zlatin in der südfranzösischen Stadt gegründete Heim, 80 km von Lyon, beherbergte von Mai 1943 bis April 1944 über 100 jüdische Kinder verschiedener Nationalitäten, deren Eltern bereits von den Nazis deportiert waren. Am 6. April 1944 wurden 44 Kinder – sieben davon aus Wien – mit ihren Betreuerinnen und Betreuern, auf Befehl von Klaus Barbie, dem Gestapo- und SS-Chef von Lyon, festgenommen und deportiert. Nur eine der anwesenden Personen konnte fliehen. 42 Kinder und fünf Erwachsene wurden in den Gaskammern des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau ermordet. Zwei Jugendliche und der Direktor des Heimes wurden in Reval (Estland) erschossen. Nur die Erzieherin Lea Feldblum hat die Deportation überlebt.

Am 27. Jänner wurde in der Volkshochschule Wien-Meidling-Hans Mandl Berufsschule-Campus Längenfeld, die als Wanderausstellung konzipierte Fotoausstellung „Die Kinder von Maison d'Izieu“ eröffnet. Sie zeigt fröhliche Kinder mit durchaus besorgt blickenden Erziehern, auch rührend Kinderzeichnungen, Briefe an die Eltern. Nach einem Eingangsstück, gespielt von dem Geiger Aliosha Biz, sprach VHS-Direktor Gerhard Bisovsky davon, wie wichtig er politische Bildung neben Fachausbildung für die Integration in die Erwachsenenwelt halte.

Der israelische Botschafter in Österreich, Aviv Shir-On, sagte, wenn Israel schon 1938 gegründet worden wäre, hätten Millionen Menschen gerettet werden können. Im Holocaust wurden 1,5 Millionen Kinder ermordet. Das grausame Schicksal der Kinder von Izieu fordere ein Erinnern, dass sich Derartiges nie mehr wiederholen dürfe.

Ähnlich argumentierte auch der französische Botschafter, Philippe Carré, der die Kollaboration des Vichy-Regimes ansprach und auch die damalige schwierige politische Situation Frankreichs in eine von den Deutschen besetzte Nord- und eine Südzone darlegte, die „unabhängig“ sein sollte, bis allerdings im Herbst 1943 die Deutschen die italienisch besetzte Côte d'Azur okkupierten. Carré erläuterte dann, dass im April 1994 der

damalige französische Staatspräsident François Mitterrand das Maison d'Izieu zur Gedenkstätte machte – eingeweiht als eines seiner „Grands Travaux“. Zu diesen „Großbaustellen“ politisch-kulturellen Charakters gehören z.B. die Louvre-Pyramide oder das Kriegsmuseum in Caen. Mitterrand sagte damals: „Die Kinder von Izieu sind das Symbol für alle Juden Frankreichs, die unter dem Vichy-Regime vernichtet wurden“. Als erste Gedenkstätte in Frankreich greift sie seit ihrer Entstehung explizit das Schicksal versteckter und deportierter jüdischer Kinder auf.

Im Zentrum der Eröffnungsreden stand dann Beate Klarsfeld, deren – gemeinsam mit ihrem Mann Serge – geführter jahrelanger Kampf die Verhaftung des in Bolivien untergetauchten Klaus Barbie ermöglichte. 1987 vor Gericht gebracht, wurde er zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt und starb 1991 im Gefängnis von Lyon.

Als letzter Eröffnungsredner ging Medienstaatssekretär Josef Ostermayer auf die verdienstvolle Arbeit der Wiener Ausstellungsiniciatorin Milli Segal ein. Vor mehr als zwei Jahren habe sie den damaligen Verkehrsminister Werner Faymann um Unterstützung für die von der britischen Bildhauerin Flor Kent geschaffene Bronzeskulptur „Für das Kind“ ersucht, die im März 2008 in der Eingangshalle des Westbahnhofs aufgestellt wurde – gewidmet den vor der NS-Diktatur geretteten Kindern und deren Rettern. Das Werk zeigte einen Buben, der auf einem Koffer sitzt. Für Faymann sei es damals wie heute selbstverständlich gewesen, die wichtige Arbeit Segals zu unterstützen. Gerade das Aufzeigen einzelner Schicksale könne mehr bewirken als riesige, kaum fassbare Opferzahlen. Ihm, Ostermayer, sei als Schüler ein Vortrag von Rosa Jochmann über ihre jahrelange KZ-Inhaftierung unvergesslich geblieben.

Ihm sei auch klar, dass Arbeitslosigkeit die Intoleranz forcieren und dass für soziale Sicherheit in der Krise gekämpft werden müsse. Verhetzungen seien nicht zu akzeptieren. In diesem Kontext forderte Ostermayer auch „Konsequenzen“ für den Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf, der u. a. Ariel Muzicant beschimpft hatte. Der Staatssekretär dankte dann Beate Klarsfeld für ihr Engagement. Abschließend las Andrea Pauli vom 1. Wiener Lesetheater einen ergreifenden Brief von György Halpern an seine Mama aus Izieu.

8-jährig wurde er vergast. Die Eltern suchten ihn ihr ganzes Leben, starben in Haifa an gebrochenen Herzen. Aliosha Biz spielte noch das Stück „Oifn Pripetchik“ („Auf dem Ofenplatz“), voll von Familienerinnerungen an Krakau/Kraków. ■

Schmied: Eltern in Österreich wollen ganztägige Schulangebote

Die am 25. Jänner von Bildungsministerin Claudia Schmied präsentierten Ergebnisse der großen Eltern-Befragung zeigen, dass es einen Bedarf von 350.000 hochwertigen ganztägigen Schulangeboten gibt. „Dies ist ein deutliches Signal der Eltern und ein klarer Auftrag an die Politik. Die Eltern haben mit ihrem eindeutigen Voting klargemacht, dass das öffentliche Schulwesen in Richtung ganztägige Schulangebote energisch und engagiert weiter ausgebaut werden muss“, so Schmied. Erfreulich sei, dass in der Bundesregierung breiter Konsens über die Notwendigkeit der Finanzierung dieses Ausbaus bestehe. Als nächstes werde sie nun die Bundesländer, den Städte- und Gemeindebund, aber auch die Schulpartner und den Unterrichtsausschuss des Nationalrates über die Ergebnisse informieren. Bis zum Sommer hoffe sie in Detailgespräche mit den Ländern bezüglich Zeitplan und Kosten des Ausbaus zu kommen. Sie erwarte sich hier auch entsprechende Vorschläge der Bundesländer.

Bundes- und Vizekanzler seien bereits über die Resultate der jemals größten Eltern-Befragung in Österreich zum Thema ganztägige Schulangebote informiert, betonte Schmied und stellte klar, wie wichtig es sei, den Ausbau der ganztägigen Schulangebote als „großes gemeinsames Projekt umzusetzen“. Sie hoffe, dass diesmal das „parteiliche Hick-Hack der Vergangenheit angehört“. Bezüglich der Finanzierung werde sie Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll beim Wort nehmen.

An der vom IFES durchgeführten Eltern-Befragung nahmen über 143.000 Eltern teil – rund 20 % der eingeladenen Eltern. Die Studie macht deutlich, dass der Bedarf an ganztägigen Schulangeboten eine Verdreifachung der bestehenden Plätze und auch eine qualitative Aufwertung des Angebots notwendig macht.

Die IFES-Studie zum Thema ganztägige Schulangebote steht unter www.bmukk.gv.at zur Verfügung. ■

Museum Judenplatz: „Walls of Sound – Jüdische Musikerwelten“

Bis 30. Mai zeigt das Jüdische Museum Wien im Museum Judenplatz die Ausstellung „Walls of Sound - Jüdische Musikerwelten“, die sich mit jüdischer Musik und jüdischen Musikern bzw.

Musikerinnen auseinandersetzt. Nur wenigen Menschen ist bewusst, dass viele bekannte Melodien und Kompositionen wie z.B. „God bless America“, „The Christmas Song“, „Edelweiß“, „An der schönen blauen Donau“, „Hello Dolly“ oder „My Funny Valentine“ jüdischen Ursprungs sind. Dass einige der schönsten Gospelsongs der christlich afro-amerikanischen Musik von George Gershwin stammen.

Der israelisch-österreichische Künstler Oz Almog führt hinter die Walls of Sound, um den Stellenwert der Juden in der Welt der Musik zu zeigen. Mit der reichen Bildergalerie lässt er die Vision Jubals wahr werden, der als „Stammvater aller Zither- und Flötenspieler“ (Gen 4, 21) der Menschheit die Musik geschenkt haben soll.

Seit jenen Tagen ist die Musik ein Impuls für jüdische Spiritualität und ein Wegweiser zu den Toren des Himmels. Die Tora wird nicht einfach „gelesen“ – sie wird in täglichen Abschnitten gesungen und jeder Text hat seine eigene Melodie, die sich nach den Jahreszeiten verändert. Diese zentrale Bedeutung der Musik im Alltagsleben im Zusammenhang mit der schon früh einsetzenden Belesenheit machte jüdische Menschen zu Wegbereitern in drei musikalischen Sparten: Instrumentation, Modalität und Notation.

Viele Gelehrten stimmen darin überein, dass sowohl der aus dem Osten kommende byzantinische Kirchengesang wie auch der westliche vor-gregorianische Choral – und damit auch die davon abgeleitete Musik des Abendlandes – ihren Ursprung in den Kirchen Syriens und Palästinas hatten, wo wiederum die synagogale Musiktradition allgegenwärtig war.

Seit in den letzten zwei Jahrhunderten die jüdische Musik aus dem Ghetto auszog oder von dort vertrieben wurde, haben jüdische Virtuosen, Dirigenten, Komponisten, Librettisten, im Musikgeschäft und Showbusiness eine herausragende Rolle eingenommen.

Oz Almog zeigt in seiner Ausstellung als Bestätigung dafür einige dieser umherwandernden Kinder Jubals an den Walls of Sound. www.jmw.at ■

Bruno Kreisky-Preis: Passagen-Verlag Wien mit Sonderpreis geehrt

Der Passagen Verlag wird am 4. März im Rahmen des Bruno Kreisky-Preises für das politische Buch 2009 mit einem Sonderpreis ausgezeichnet. Dieser Verlagspreis honoriert die editorische Gesamtleistung des renommierten Unternehmens, das 1987 gegründet wurde und seine kulturell-

politische Funktion darin sieht, für die Vielfalt des Denkens und für Toleranz einzutreten. Mit der Publikation von österreichischen und internationalen Autorinnen und Autoren und deren gesellschaftskritischem Denken will der Verlag zu einem offenen, politisch weitsichtigen Klima in Österreich beitragen. Themen aus Politik und Kunst und ihr philosophischer, kunsttheoretischer, sozialwissenschaftlicher oder –politischer Diskurs stehen gleichwertig nebeneinander. Der Passagen Verlag hat fast 1000 Titel produziert und sich einen Ruf als einer der besten nicht-kommerziellen Verlage im deutschen Sprachraum erworben. Zu Beginn der Verlagstätigkeit stand die umfassende Übersetzung von französischen Schlüsseltexten zur Postmoderne im Vordergrund. Die Übersetzungen der Bücher von Jacques Derrida, Jean-François Lyotard, Jean Baudrillard, Sarah Kofman und Jean-Luc Nancy lieferten die Textgrundlagen für eine neue Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen französischen Philosophie. Im Laufe der Jahre wurde eine Vielzahl von Reihen gegründet – u. a. Gesellschaft, Ökonomie, Kunst, Architektur, Psychoanalyse, Literatur und Politik. Das breite Spektrum beinhaltete etwa Autorinnen und Autoren wie Karl Acham, Hélène Cixous, Paul Feyerabend, Gundi Feyrer, FRANZOBEL, Peter Eisenman, Annette von Rantzau, Elisabeth Samsonow, Paul Virilio, James Young, Franz Vranitzky und Slavoj Žižek.
www.passagen.at ■

Die Kunsthalle Wien: „Tropicália“ - brasilianische Kunst der 60er Jahre

Seit Monaten wird in den führenden internationalen Medien der rasante Aufstieg Brasiliens diskutiert: Seit dem Amtsantritt von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva und seinem marktwirtschaftlich orientierten sozialdemokratischen Programm im Jahre 2003 habe sich das Land einen Platz unter den einflussreichsten der Welt erkämpft, sei inzwischen Mitglied der G20, der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, spiele in einer Liga mit Russland, China und Indien. Lulas offene Politik, sei es zu den USA, Kuba oder dem Iran, und eine exportgünstige niedrige Währung habe brasilianischen Bauunternehmen, Banken und der Lebensmittelindustrie zu internationaler Positionierung verholfen. Ende 2010 werde Brasilien nach den USA und China der drittgrößte Informatik-Markt der Welt sein. Der ökonomische Aufstieg ermöglichte Lula auch sein Wahlversprechen einzuhalten – die erfolgreiche Bekämpfung

der Arbeitslosigkeit: Lebten 2001 noch 35 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, so waren es 2008 nur mehr 24 Prozent. Die Mittelschicht soll sich inzwischen schon über mehr als die Hälfte der Bevölkerung erstrecken. Beim Weltsozialforum in Porto Alegre unter dem Titel „Eine andere Welt ist möglich“ – der Parallel- und Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos – stand Lula im Mittelpunkt und wurde am 26. Jänner gefeiert.

Die hohe internationale Reputation Brasiliens erbrachte wohl auch den Zuschlag für die Fußball-WM 2014 und Olympia 2016.

In dieser Brasilien-Euphorie segelt die von Thomas Mießgang kuratierte Ausstellung „Tropicália“ über die brasilianische Kunst der 60er Jahre in der Wiener Kunsthalle gerade zur richtigen Zeit. Wie Mießgang verkürzt erklärte, sei „Tropicália“ in ihrer Blütezeit, etwa zwischen 1967 und 1972, eine „Hippie-Bewegung am Palmenstrand“ gewesen. Ohne explizit politisch sein zu wollen, hätten sich die vitale Energie, die Lust am schrillen Spektakel und die Öffnung des kulturellen Handlungsfeldes vor allem gegen die bleierne Zeit des brasilianischen Militärregimes gerichtet, das mit einem Coup 1964 den relativ demokratischen Verhältnissen ein Ende gemacht hatte. Die Anti-Kunst-Installation „Tropicália“ vom Bildhauer Hélio Oiticicas, das Pseudo-Favelas mit Papageienkäfig, Sand und Blumentöpfen zeigte, gab der Kunstrichtung ihren Namen. Obwohl nur kurzlebig, wurde die aktionistische Kunst einflussreich, im Film (Glauber Rocha), in der Fotografie, in der Performance, in der Musik. Kunst sollte eine experimentelle Übung hin zur Freiheit sein und die individuelle Wahrnehmung durch sensorische Praktiken transformieren. Nach dem formalen Rigorismus der (neo)konkreten Kunst im Brasilien der 50er Jahre, begründeten die Tropicalistas eine „Anti-Kunst“, der es nicht um Repräsentatives ging, sondern um das Herstellen von Kontexten für kollektive Verhaltensexperimente.

Der damalige Musikstil wurde von Gilberto Gil, Caetano Veloso, Gal Costa und Tom Zé geprägt. Sie kombinierten Tanzmusiken mit Bossa Nova, auch mit Rock, Reggae und Funk. Für ihre Lieder kamen Gil und Veloso 1968 ins Gefängnis und wurden später des Landes verwiesen.

Die Schau zeigt auch die Wirkung von „Tropicália“ bis heute – auf (exil)brasilianische Künstler wie Ernesto Neto, Rivane Neuenschwander, Cao Guimarães. Ohne die Tropicalistas wäre vieles im heutigen Brasilien anders.

Bis 2. Mai: www.kunsthallewien.at ■

Vancouver: Hohe Sportförderung für das österreichische Olympia-Team

Am 12. Februar beginnen die Olympischen Winterspiele in Vancouver, Ende Jänner wurden die insgesamt 81 österreichischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekannt gegeben, die unsere Farben in Kanada vertreten werden.

Österreichs starkes Team zählt in vielen Bewerben zu den Topfavoriten, für die optimalen Rahmenbedingungen sorgt dabei nicht zuletzt das Sportministerium.

Das Spitzensportförderprogramm des Bundes, TEAM ROT-WEISS-ROT, unterstützt die besten Athleten und Athletinnen des Landes in Form von Förderungen für Trainingslehrgänge, Wettkampf-Entsendungen, sportmedizinische, sportwissenschaftliche, sportmedizinische, sportpsychologische und regenerative Maßnahmen. Gesamt wurden im Rahmen von TRWR 2009 für Wintersportarten in Vorbereitung auf OS Vancouver 2010 rund € 850.000 zur Verfügung gestellt. ■

Die in Vancouver geförderten österreichischen SportlerInnen

Biathlon: Tobias Eberhard, Simon Eder, Dominik Landertinger, Daniel Mesotitsch, Fritz Pinter, Christoph Sumann

Bob: Christian Hackl, Martin Lachkovics, Jürgen Loacker, Jürgen Mayer, Wolfgang Stampfer
Eisschnelllauf: Anna Rokita

Eiskunstlauf: Miriam Ziegler; Viktor Pfeifer
Freestyle: Margarita Marbler

Nordische Kombination: Christoph Bieler, Bernhard Gruber, David Kreiner, Mario Stecher

Rodeln: Veronika Halder, Nina Reithmayer; Wolfgang Kindl, Andreas Linger, Wolfgang Linger, Daniel Pfister, Manuel Pfister, Markus Schiegl, Tobias Schiegl

Shorttrack: Veronika Windisch

Skeleton: Matthias Guggenberger

Ski Alpin: Eva-Maria Brehm, Anna Fenninger, Andrea Fischbacher, Elisabeth Görgl, Michaela Kirchgasser, Marlies Schild, Kathrin Zettel; Romed Baumann, Reinfried Herbst, Marcel Hirscher, Klaus Kröll, Mario Matt, Manfred Pranger, Benjamin Raich, Hannes Reichelt, Mario Scheiber, Philipp Schörghofer, Georg Streitberger, Michael Walchhofer

Skicross: Katharina Gutensohn, Karin Huttary, Katrin Ofner; Patrick Koller, Andreas Matt, Markus Wittner, Thomas Zangerl

Skilanglauf: Katerina Smutna

Skispringen: Martin Koch, Andreas Kofler, Wolfgang Loitzl, Thomas Morgenstern, Gregor Schlierenzauer

Snowboard: Doris Günther, Marion Kreiner, Doresia Krings, Heidi Neururer, Claudia Riegler, Manuela Riegler; Mario Fuchs, Siegfried Grabner, Lukas Grüner, Benjamin Karl, Andreas Prommegger, Markus Schairer, Anton Unterkofler. ■

Darabos: Unserem Handballteam ist bei Heim-EM großer Wurf gelungen

Das Österreichische Handballteam hat mit dem sensationellen Einzug in die Zwischenrunde bei der Heim-EM und einem neunten Rang im Schlussklassement Sportgeschichte geschrieben.

In sechs Begegnungen gab es zumeist begeisterte Spiele. Schon in der Vorrunde in Linz schafften die rotweißroten Handballer mit einem Remis gegen Island und dem Sieg gegen Serbien zwei Sensationen. In der Zwischenrunde in Wien konnte man an die großartigen Leistungen anknüpfen und bezwang im letzten Spiel die traditionsreiche Mannschaft Russlands.

Sportminister Darabos, der die Auftritte unserer Handballer aufmerksam verfolgte: „Unserer Mannschaft ist im wahrsten Sinne des Wortes ein großer Wurf gelungen. Ich bin überzeugt davon, dass sich diese neue Handball-Euphorie, die durch Viktor Szilágyi & Co. entfacht wurde, nachhaltig auf die heimischen Strukturen auswirken wird!“ ■

Ein Jahr Sportminister Darabos: Arbeit war von Reformfülle geprägt

Seit 1. Februar 2009 ist Norbert Darabos auch Sportminister. Er nahm den ersten Jahrestag seiner Tätigkeit zum Anlass, Bilanz zu ziehen und den Blick nach vorne zu richten. Das erste Amtsjahr war von einer Fülle von Reformen geprägt.

Einige Kernmaßnahmen: gezielte Sportförderung, die neue Spitzensportförderung TEAM ROT-WEISS-ROT, Sport auf Krankenschein, „Kinder gesund bewegen“, mehr Sport in der Schule.

Besonders stolz ist Sportminister Darabos auf die seit Jahresbeginn neuerlich verschärften Doping-Richtlinien: "Es war nicht leicht, die Verschärfungen umzusetzen". Er bezeichnete das seit 2007 bereits zum zweiten Mal novellierte Anti-Doping-Gesetz samt der Verankerung von Doping als Betrug im Strafrecht als „Meilenstein“. ■

